

AGABY

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER
AUSLÄNDERBEIRÄTE
BAYERNS

Landesgeschäftsstelle
Wittelsbacherstr.1
91126 Schwabach
Tel.: 09122/830780
Fax: 01212 5 102 93 988
E-Mail: agaby@web.de
Internet: www.agaby.de

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Bildungschancen für Migrantenkinder – Zukunftschance für Deutschland

Eine Bildungsoffensive für alle Kinder Deutschlands

Ausgangssituation

Trotz der Teilerfolge ist es nicht zuletzt seit PISA und Iglo bewiesen: Das deutsche Schulsystem vermag Migrantenkinder nicht angemessen zu fördern. Bayern rühmt sich zwar als nationaler PISA-Sieger, so seien Migrantenkinder in Bayern lesekompetenter als in manch anderen Bundesländern. Dies bedeutet aber für diese Kinder keine erfolgreichere Bildungskarriere. Sie sind in den Haupt- und Sonderschulen (Förderschulen) überrepräsentiert und in den höheren Bildungsstufen unterrepräsentiert. Etwa ein Viertel der ausländischen Kinder in Bayern verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Nach PISA ist in keinem anderen europäischen Land der Schulerfolg so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Die Halbtagschule sowie eine frühe und harte Selektion führen dazu, dass Kinder aus sozial- und bildungsschwachen Familien keine Chance bekommen, ihre Fähigkeiten unabhängig von ihrem familiären Hintergrund zu entwickeln. Trotz zahlreicher Erfolge in Modellversuchen und trotz des Engagements vieler einzelner Pädagogen und Eltern fehlt bis heute ein umfassendes Bildungs- und Schulkonzept zur Integration der Kinder und Jugendlichen nicht-deutscher Muttersprache. Ein Konzept, das sowohl den bi-kulturellen und mehrsprachigen Lebenskontext dieser Kinder berücksichtigt, als diesem auch pädagogisch und didaktisch Rechnung trägt. Statt einer Öffnung der Schule in Richtung Interkulturalität und Mehrsprachigkeit erleben wir unter dem Motto „Integration“ eine Zementierung des monokulturellen Charakters der Schule: Der durchaus reformbedürftige muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) wird nicht konzeptionell verbessert, sondern einfach gestrichen. Es heißt: „die Kinder sollen Deutsch lernen“. Der von der Wissenschaft tausendfach bestätigte Zusammenhang zwischen dem Erst- und Zweitspracherwerb und dessen Einfluss auf die allgemeine kognitive Persönlichkeitsentwicklung der Kinder wird schlichtweg ignoriert.

Im vorschulischen Bereich sind dagegen erste positive Ansätze zu erkennen. Die aktuellen Bemühungen des Bayerischen Sozialministeriums die Kompetenz der Fachkräfte in den Kindertagesstätten zu verbessern (u. anderem durch Veröffentlichung von Handreichungen und neue Ansätze in der Erzieherausbildung) sind Beispiele hierfür. Eine entscheidend wichtige Verbesserung des Personalschlüssels sowie ein flächendeckendes Angebot von Maßnahmen, das die Erziehungskompetenz der Eltern in den Bereichen frühkindliche Förderung, Sprachförderung, Zweisprachigkeit und deutsches Schulsystem verbessert (z. B. Hippy), müssen noch folgen.

Das Fehlen eines angemessenen Konzeptes bedeutet nicht nur für die Migrantenkinder und -familien weiterhin schlechte Bildungs- und Zukunftschancen. Es bedeutet auch das Vergeuden der Fähigkeiten und Potenziale eines erheblichen Teils des knappen jungen Bevölkerungsanteils Deutschlands.

Forderungen

Die Delegierten der Ausländerbeiräte Bayerns fordern eine umfassende Neukonzeption des Bildungssystems. Es bedarf einer Reform des Schulsystems, die im Sinne „Interkultureller Erziehung“ eine angemessene Förderung und Entwicklung von Kindern mit unterschiedlichem sprachlichen, kulturellen, religiösen, sozialen und familiären Hintergrund ermöglicht. Das „einzelne Kind“ soll im Vordergrund stehen.

Notwendig sind sowohl strukturelle Veränderungen, als auch ergänzende Maßnahmen.

Aus der Sicht der Ausländerbeiräte sind folgende strukturelle Maßnahmen unbedingt erforderlich:

- Neuinvestitionen im Bereich Bildung;
- Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen;
- Längere gemeinsame Schulzeit und durchlässigere Schultypen – keine frühe Selektion;
- Verkleinerung der Klassen und Kitagruppen für eine integrative Arbeit;
- Bessere konzeptionelle Verzahnung der Schule und des Kindergartens;
- interkulturelle Erziehung, positive Einstellung und kompetenter Umgang mit Mehrsprachigkeit als Kernbestandteil des pädagogischen Konzepts und der Erzieher- und Lehrerausbildung;
- interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe;
- verstärkte Einstellung von Erzieher/innen und Lehrer/innen mit Migrationshintergrund und bi-kulturellen sowie mehrsprachige Kompetenzen;
- Gleichbehandlung der Religionen in der Schule und beim Angebot von Religionsunterricht auf der Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Als ergänzende Maßnahmen fordern wir u.a. interkulturelle Elternbildungsprogramme wie „Hippy“; zusätzlichen Förderunterricht für Kinder mit Förderbedarf bei Deutsch als Zweitsprache, Quali-Trainingsprogramme für benachteiligte Jugendliche, Deutschförderangebote im Kindergarten.

Die Sprachstandsprüfungen müssen strengen Qualitätsprüfungen unterzogen werden, damit sie den Fachkräften als Grundlage für die Planung einer individuellen Förderung dienen können. Bei der Umsetzung der besonderen Förderangebote muss darauf geachtet werden, dass sie nicht zur Segregation der Kinder führen und nicht wie bei der Einführung der Sprachlernklassen von vielen Kindern und Eltern als Ausgrenzung empfunden werden.

Wir lehnen eine ersatzlose Streichung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts ab und fordern einen qualitativ besseren Unterricht sowie Notenrelevanz und Einbindung der Muttersprache in den Vormittagsunterricht. Durch bessere Koordination zwischen den Fachkräften im Deutschunterricht und in den muttersprachlichen Unterrichtsangeboten sollen Synergieeffekte im Lernprozess erreicht werden.

Wir fordern ein ressortübergreifendes Fachgremium auf Landesebene!

Es ist Aufgabe des Landes mit Schaffung eines Gremiums unter der Beteiligung zuständiger Ministerien, wissenschaftlicher Stellen, der Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Eltern- und Lehrerverbände, der Gewerkschaften, der AGABY, des Jugendrings eine ressortübergreifende Koordination der Überlegungen und Maßnahmen im Bereich interkultureller Erziehung zu ermöglichen und den Erfahrungsaustausch sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung in diesem Bereich voranzutreiben. Regionale Informations- und Koordinierungsstellen für „interkulturelle Erziehung“ sollen die Kommunen beim Erfahrungsaustausch und bei der Umsetzung konzeptioneller Vorschläge des Landes unterstützen.

Augsburg, 27. und 28. November 2004